

Angela Merkel

Jürgen Bellers

Angela Merkel

„Mehr Freiheit wagen.“ ?
eine Bilanz angesichts der Wahlen 2013

Verlag Traugott Bautz

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verlag Traugott Bautz GmbH
99734 Nordhausen 2012
ISBN 978-3-88309-779-4

Inhaltsübersicht

Einleitung: „Mehr Freiheit wagen!“ (Merkel)

Außenpolitik seit 2005:

Merkel und die Vereinigten Staaten der Freiheit

Rußland und dessen Art von Freiheit

Europäische Union und Deutschland unter Merkel

Finanzkrise

Libyen-Katastrophe

China

Fragen zur Innenpolitik an Frau Merkel: Freiheit gewagt?

Anhang: Laßt sie selbst zu Worte kommen

Ein Aufruf

Einleitung : Freiheit will ich ...

Ich will hier keine Bilanz der Außenpolitik von Kanzlerin Merkel in der Art der üblichen, hämischen Ideologiekritik ziehen, als sei sie nur interessengeleitet und –gesteuert von geheimnisvollen Lobbies, was sicherlich nicht so ist; ich will vielmehr die Kanzlerin in ihren Aussagen ernst nehmen, wie man das ja auch im Alltag normalerweise gegenüber jedermann tut, und vor dem Hintergrund ihrer Überzeugungen fragen, ob und inwieweit diese realistisch und praktikierbar sind und ob und inwieweit die selbstgesetzten Ziele erreicht wurden. Dabei wird darauf geachtet, die pragmatische Art von A. Merkel nicht als Opportunismus gegenüber Wählerbewegungen zu diffamieren, sondern schlicht und einfach zu fragen: was kam und kommt hinten raus, angesichts der Ziele, die man sich gestellt hat?

Dabei wird sich herausstellen, dass Merkel – trotz aller Freundlichkeit - gar nicht so pragmatisch ist, wie in den Medien dargestellt, sondern zuweilen sogar zu freiheitsideologisch und durchsetzungsbereit (was die Außenpolitik betrifft) agiert, insbesondere in der Außenpolitik gegenüber Rußland, was dort nur verprellt. Menschenrechte werden international sehr unterschiedlich verstanden, universal ist letztlich nur das auf Unversehrtheit der körperlichen Integrität. (Das, was ein Mensch denkt, kann man ohnehin nicht beeinflussen.) Die Achtung des religiösen Bekenntnisses wird z.B. schon in Rußland anders interpretiert, wenn man die z.T. nachvollziehbare Verurteilung der Band Pussy Riot sieht, die einen Altar mißbrauchte. Dazu unten mehr. Perfekt ist

sie aber geradezu im Ausgleich der legitimen nationalen Interessen, was der Kern von Diplomatie ist.

In der Innenpolitik ist sie dagegen zu wenig freiheitsorientiert, wenn man darunter wie sie weniger Staat versteht.

Zur ersten Orientierung soll daher zu Beginn aus der Regierungserklärung von Merkel zitiert werden, die sie als bestätigte Kanzlerin nach den Bundestagswahlen von 2009 gehalten hat.

„Fünf Aufgaben müssen wir dabei anpacken:

Erstens. Wir müssen die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden.

Zweitens. Wir müssen das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat verbessern.

Drittens. Wir müssen Antworten auf die Veränderungen des Altersaufbaus finden.

Viertens. Wir müssen einen zukunftsfesten Umgang mit den weltweiten natürlichen Ressourcen finden und dazu einen globalen Ordnungsrahmen aufbauen.

Fünftens. Wir müssen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit in der Innen- und Außenpolitik angesichts neuer Bedrohungen weiter festigen.

Kurzfristige Krisenbewältigung und langfristige Weichenstellungen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille ...

so sind es auch heute Bündnisse und Wertegemeinschaften, die uns die Herausforderungen unserer Zeit meistern lassen. Die Herausforderungen und Aufgaben sind seit 1989 andere geworden. Die Zahl

unserer Partner ist viel größer geworden. Aus der Bedrohung des Kalten Krieges sind asymmetrische Bedrohungen geworden. Doch der Weg, den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen, der ist derselbe geblieben. Es ist und bleibt ein Weg der Partnerschaften und Bündnisse auf Grundlage unserer Werte, mit dem wir die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können. Niemand schafft es allein. Gemeinsam können wir alles schaffen.“

Außenpolitik seit 2005

Merkel und die Vereinigten Staaten von Amerika

Kanzlerin Merkel gehört zum liberalen Flügel der CDU. Das ist bedingt durch ihre Jugend und ersten Berufsjahre in der DDR und im Sozialismus, der gerade die individuelle Freiheit für eine angeblich unbedingt verpflichtende Gesellschaft stark einschränkten.

"Ich habe mich - wie viele andere Teenager auch - begeistert für Jeans einer bestimmten Marke, die es in der DDR nicht gab und die mir meine Tante aus dem Westen regelmäßig schickte." (zit. nach FAZ 4.11.09)

Staat und Partei waren allgegenwärtig und wollten ihre Bürger „erziehen“ und regulieren. Individuelle Freiheit ist daher ihr zentraler Wert, möglichst wenig Staat und mehr Markt. Frau Merkel ist demgemäß auch bei möglichst wenig Anpassung an die SED, eher in der Nische der Naturwissenschaften, durch die „DDR“ gekommen, auch wenn sie nicht zum Widerstand gehörte, wie ihr Vorgänger Adenauer im „Dritten Reich“. Wer wirft hier als erster den Stein ...

Der Freiheitswille ist auch bedingt durch ihre Kindheit in einem Pfarrhaus, es ist die Freiheit in der Tradition Luthers, eines Menschen, der allein in seinem Gewissen fundiert und alleinig mit der Bibel frei entscheidend vor

seinem HERRN steht und illegitime, weltliche Mächte (wie auch den damaligen Papst) ablehnt.

Schon in der Auswahl ihres Schattenkabinettsfinanzministers im Wahlkampf 2005, Prof. Kirchhofs, wurde deutlich, dass sie mit diesem ein Steuersystem bevorzugt, das den Menschen kaum einschränkt und durch Transparenz den Steuerzahler nicht überfordert.

Das ist ein innenpolitischer Aspekt. Aber auch außenpolitisch ist der Gesichtspunkt von Freiheit bei ihr maßgebend, nicht nur in der ständigen Kritik am russischen Präsidenten Putin, sondern auch in ihrer stillen Liebe für die durch und durch liberalen USA. Die USA sind ihr zentraler, außenpolitischer Bezugspunkt normativer und machtpolitischer Art. Nur mit den USA kann Deutschland weltpolitisch überhaupt etwas bewirken, wenn überhaupt. Insbesondere zum amerikanischen Präsidenten G.W. Bush entwickelte sich sogar eine Art von Freundschaft.

Das schließt Kritik im Einzelnen nicht aus, allerdings bevorzugt vertraulich und nur begrenzt öffentlich gegenüber Präsident Bush, sie will nicht demütigen, so erreichte sie, dass Gefangene in Guantanamo freikamen. Vor allem soll hier an den Fall Kurnaz erinnert werden. (Die Regierung Schröder zuvor war hier passiv.) Hier war sie demgegenüber sehr engagiert, um die Freiheit auch so zu sichern. Klar unterschied sie sich von der Vorgänger-Regierung Schröder, die sich im Kampf gegen den Irak-Krieg 2003 innenpolitisch profilieren wollte, was die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf einen ihrer nicht wenigen Tiefpunkte brachte. Denn ein Vergleich der USA

mit Nazi-Deutschland (wie von den SPD-Justizministerin 2005 gezogen), war und ist abstrus, so etwas wäre der Kanzlerin nie in den Sinn gekommen, auch in der Kritik müsse man die Proportionen wahren, zumal in der Außenpolitik, in der es um den Frieden geht und man deshalb vorsichtig handeln muß.

Dabei machten es die USA der Kanzlerin nicht immer leicht, so als 2005 die Geheimgefängnisse des CIA in Europa bekannt wurden und die USA nur eine zögerliche Aufklärung begannen, bzw. sie sogar verteidigten. Andererseits hatte Bush viel politisches Verständnis für Merkel, weil sie ihn im Irakkrieg 2003 mutig mehr oder weniger unterstützt hatte – im Gegensatz zur überwältigenden Mehrheitsmeinung der Deutschen.



Bundesregierung.de

Dass es dann mit den Menschenrechten doch nicht so einfach ist, zeigte 2009 die Weigerung der Bundesregierung, hoch gefährliche Gefangene aus Guantanamo nach Deutschland zu übernehmen, denn ihre Verurteilung und Inhaftierung hier war nicht so gewiß. Hätte man dann den Chauffeur von Osama bin Laden in Deutschland frei rumlaufen lassen sollen?

Aber ich will das Menschenrechtsengagement nicht nur kleinreden: 2011 empfing A. Merkel den dänischen Karikaturisten Westergaard, die den Propheten Mohamed mit einer Bombe gezeichnet hatte und seitdem wegen Mordversuchen von Islamisten unter ständigem

Polizeischutz leben muß. Für die protestantische Merkel ist eine derartige Vermengung von Religion und Politik ganz fern, da Luther ja gerade Religion und Politik/Welt strikt getrennt hat. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und GOTT, was GOTTES ist.“ Das führt auch dazu, dass Merkel die religiös begründeten Siedlungen von Juden in Palästina strikt verurteilt. Ebenso äußert sie sich öffentlich gegen die zunehmenden Diskriminierungen und Vertreibungen von Christen in islamischen Ländern. Auch die Türkei ist ihr und der CDU/CSU nicht ganz geheuer, die Freiheitsrechte dort nicht voll gesichert, so dass sie eine Vollmitgliedschaft des Staates in der EU ablehnt. Allerdings ist dann allerdings erstaunlich, dass sie die Absetzung des Bundesbank-vorstandsmitglieds Sarrazin 2010/11 bewirkte, wegen seines islamkritischen Buches – ein faktischer Eingriff in die Meinungsfreiheit. (Leider bezieht sie ihren Freiheitsbegriff auch auf die Familie, in dem sie die Aussage befürwortet, dass sich eine Frau von ihr auch „befreien“ können muß, als seien alle Familien Gefängnisse. Eine Institution sollte nicht deshalb abgelehnt werden, weil sie auch zuweilen mißbraucht werden kann. Das liegt auch am protestantischen Freiheitsbegriff, der keine Naturrechte des Menschen und natürliche, gottgewollte Lebensformen kennt.)

In der Klimapolitik standen Merkel – Bush auf verschiedenen Seiten, ohne dass das die Beziehungen tiefer belastet hätte: Bush bezweifelt die Gefahren einer Klimaerwärmung, während Merkel durch und durch an die Klimakatastrophe glaubt (denn wissen kann man hier nichts, wenn es sich um 100 Jahre weite Prognosen

handelt) und sich auch dementsprechend fest engagiert, schon seit ihrer Zeit als Umweltministerin in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Merkel ist hier Kanzlerin ihres Volkes, das seit der Romantik immer große Weltuntergänge geradezu süchtig heraufziehen sieht, Scherzhaft sei vermerkt, dass sie wohl deshalb so gerne Wagners Bayreuth und dem Untergang der Götter beiwohnt – selbst in brunnhildenhaftem Abendkleid. Das geringe Umweltinteresse der USA änderte sich auch nicht in der Zeit Obama, auch wenn er persönlich anders dachte und denkt.

Zu Verstimmungen mit Präsident Obama kam es vor allem seit 2009, weil Merkel aus amerikanischer Sicht die EU-Finanzkrise nur zögerlich anging und die EU-Staaten durch Dauersparen in die Rezession trieben, unter der auch die ohnehin notleidende US-Wirtschaft weiter leiden würde. Die Kanzlerin hatte ja stets mit einer erstaunlichen Konsequenz Anleihen der EU abgelehnt, für die alle Euro-Staaten gesamtschuldnerisch haften und die den hoch defizitären Haushalt vor allem der Griechen stopfen sollten. Die deutsche Ablehnung war darin begründet, dass mit Euro-Anleihen die Anreize zum Sparen der Fast-Pleite-Staaten entfallen würden. (Mittlerweile hat der Präsident der Europäischen Zentralbank gegen den Widerstand der Bundesbank eine faktische Garantie zum Aufkauf der griechischen Anleihen, um eine Pleite des Staates zu verhindern.)

Rußland und China oder: wie viel Freiheit ist möglich?

Das Verhältnis von Merkel zu Putins Rußland ist ganz anders als zu den USA. Schon 2004 warnte sie vor einer Bindung an Rußland, das auch gegen die Empfehlungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Persönlich verachtet sie Putin, weil er sie in seinem begrenzten Gesichtskreis und autoritärem Verhalten an Stasi-KGB-Offiziere erinnert. Aber das darf in der Außenpolitik keine Rolle spielen, denn die inneren Verhältnisse anderer Staaten sind nach Völkerrecht deren Sache, wenn nicht gerade ein Monster Hunderttausende und Millionen umbringt (wie Hitler, Stalin, Mao und Pol Pot.) Es wäre auch eine Art von Liberalität, wenn man die Russen so leben ließe, wie sie wollen, und sie nicht ständig mit Menschenrechtskampagnen überzieht: Rußland „tickt“ und funktioniert traditionell autoritärer, und das nicht nur wegen der Herrschaftsgelüste von Putins, sondern wegen der anderen Geschichte des Landes. Die überzogene Freiheit Westeuropas wird allgemein abgelehnt, und Minderheiten-Demonstrationen in Rußland als Inszenierungen der CIA (was zuweilen auch stimmt.)



Firstpost.com

Einen Kulminationspunkt erreichten die deutsch-russischen Mißver-ständnisse während des Kaukasus-Krieges 2008. Ich sage bewußt Mißverständnisse, denn der Westen verstand Rußland gar nicht. Oder wollte er nicht verstehen, um die NATO in Richtung Osten (Aufnahme von Georgien) auszuweiten und den Russen so zu schaden? Dem trat Dr. Merkel jedoch entschieden entgegen.

Was sind die Tatsachen?

Zunächst ist es erstaunlich, wie friedlich die Russen den Zerfall ihres Imperiums hingenommen haben. Nun mußte die Regierung des Landes sowohl unter Jelzin als auch unter Putin bestrebt sein, den Rest zusammenhalten, denn

ein Zerfall des Vielvölkerreiches hätte die Weltgegend derart destabilisiert und zu Kriegen geführt, die auch die EU beeinträchtigt hätten.

In diesem Kontext sind die Abspaltungen der Gebiete von Südossetien und Abchasien zu sehen, die Georgien für sich beanspruchte, die aber seit jeher eher nach Rußland tendierten.

Im August 2008 griff Georgien unter völliger Verkennung der Lage Rußland an, um diese Gebiete zu „befreien“. Daraufhin reagierte Rußland mit einem militärischen Einmarsch in Teile Georgiens und stellte die umstrittenen Gebiete unter seinen Schutz.



Wikipedia

Der kurze Krieg wurde mit einem Rückzug der Russen aus Georgien beendet.

Erstaunlich ist allerdings nun, dass die EU auch die Russen verurteilte und nicht nur die Georgier, die ja zuerst angegriffen hatten, und das, obwohl die EU die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien vorgeschlagen und durchgesetzt hatte, warum sollte das gegenüber Rußland nicht auch für Ossetien und Abchasien gelten? In Moskau wurde das als willkürlicher Affront empfunden. Schon fast provokativ besuchte Frau Merkel kurz nach Waffenstillstand Georgien, was insbesondere die USA und die EU-Osteuropäer erfreute – eine Jeanne d´ Arc de la liberté, oh la la.

Nicht minder erregt war mehrmals die deutsch-russische Gefühlswelt, als russische Gaslieferungen nach Europa ausblieben, nicht weil Rußland nicht liefern wollte, sondern weil das Transitland Ukraine nicht die vereinbarten Gaspreise zahlen wollte oder gar die Leitungen in der Ukraine anzapfte, um Gas zu klauen. Schuldig war aber der „böse Russe“.

Parallel kam es jedoch auch stets zu Kooperationen mit Moskau, so in den gemeinsamen Stellungnahmen gegen das atomare Aufrüstungsprogramm des Iran. Daher sprach Merkel auch immer wieder von einer „strategischen Partnerschaft“ politischer und wirtschaftlicher Art, aber nicht von einem Bündnis wie der NATO, die auf einer gemeinsamen Wertebasis beruht. Allein aus geopolitischen und geoökonomischen Gründen sei eine Kooperation mit Moskau möglich. Merkel:

**"Wir wollen das Gas haben, wir wollen das Öl haben."
Und: "Wir werden mit Rußland stabile Beziehungen aufbauen." (FAZ 6.5.06)**

**┌ Eine deutsche Vermittlerrolle zwischen den USA und
└ Rußland lehnte sie aber ab, da sich die Mittelmacht Deutschland damit übernehmen würde. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Beziehungen zu Rußland auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet florieren werden, auch z.B. bei der Öffnung der Visavergabe; im**

politischen Bereich wird es bei der punktuellen Zusammenarbeit bleiben, gegenüber dem Iran: ja; gegenüber dem Syrien-Krieg seit 2011: nein, weil die syrische Regierung unter Assad eine der wenigen, russischen Verbündeten im Nahen Osten ist und weil Moskau nicht noch einmal vom Westen wie bei der Militärintervention Frankreichs, Englands und der USA gegen den libyschen Diktator Gaddafi 2011 ausgebootet werden wollte. (siehe hierzu Kapitel Libyen)

China

2007 empfing – durchaus konsequent im Kontext ihrer Freiheitsstrategie – den Dalai Lama in Berlin, was auf eine erhebliche Verunsicherung in Peking stieß. Zumal vor dem Hintergrund von Überlegungen in der CDU/CSU:

In der "Asienstrategie" der CDU/CSU heißt es: "China stellt dem Westen in zunehmendem Maße die Systemfrage." Seine Kombination von Autoritarismus und Frühkapitalismus werde von einigen Entwicklungsländern schon als "alternatives politisches Ordnungsmodell" empfunden. Da gelte es, in einer "immer weniger euro-atlantisch geprägten Welt" die Position des Westens neu zu definieren. Die Union rät nicht zu Protektionismus, aber sie fordert Europa auf, schon jetzt den Schulterschluss mit den amerikanischen Interessen im Fernen Osten zu suchen: "Wir unterstützen die Rolle der USA als sicherheitspolitische Garantiemacht in Asien." Das Konzept zielt also auf Eindämmung des aufsteigenden Chinas. Die CDU trägt Deutschland und Europa nichts Geringeres als einen neuen Systemkonflikt an.(nach FAZ 16.11.07)

|

!Sowohl mit Bezug auf Rußland als auch auf die Volksrepublik China ist es erstaunlich, dass die Merkelsche Menschenrechtspolitik auf den ersten Blick bei nur wenigen Konsequenzen auf der Seite der beiden